

Antrag

Rechtspolitik

R 2

Datum : 16.2.2016

Antragsteller: AG Lesben und Schwule in der Bonner SPD

Titel : Familienvertrag statt Ehe

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, Rechtsformen zu
2 entwickeln, die Menschen unabhängig von der Anzahl der Beteiligten, dem Geschlecht und der
3 Art des Zusammengehörigkeitsgefühls ermöglicht, rechtlich abgesicherte
4 Verantwortungsgemeinschaften zu gründen, die dem Umfang einer Ehe entsprechen.

5

6 Begründung:

7 In der Gesellschaft zeichnet sich ein eindeutiger Trend ab. Abseits des klassischen
8 Familienmodells entsteht eine pluralistische Gesellschaft, in der Menschen ganz verschiedene
9 Arten des Zusammenlebens und der Verantwortung pflegen.
10 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und füreinander
11 eintreten. Dabei ist die klassische Verbindung zwischen Mann und Frau ebenso wertvoll, wie
12 jede andere Beziehungsform. Deshalb fordern wir Schwusos eine inklusive Rechtsform, die alle
13 Menschen fördert, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden, indem sie
14 Verantwortungsgemeinschaften eingehen. Die Anerkennung dieser Rechtsform ist allen
15 Personen unabhängig von der Anzahl der Beteiligten, dem Geschlecht und der Art des
16 Zusammengehörigkeitsgefühls zu ermöglichen.
17 Es ist nicht wichtig, welche und wie viele Menschen es sind, die füreinander eintreten, sondern
18 dass diese bereit sind, es zu tun.

Beschluss: Annahme geänderter Fassung

Weiterleitung an den Bundesparteitag